

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 17, und durch Postverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich 1,25, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 1,75, frei ins Haus 2,00, wo keine Post am Orte, 2,25.

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellung 1913: Der Preis für die einjährige Abbestellung beträgt 12,00, für die halbjährige 6,00, für die vierteljährliche 3,00. Der Preis für die einjährige Abbestellung beträgt 12,00, für die halbjährige 6,00, für die vierteljährliche 3,00. Der Preis für die einjährige Abbestellung beträgt 12,00, für die halbjährige 6,00, für die vierteljährliche 3,00.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206

Nr. 26.

Breslau, Freitag, den 31. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Der Reichstag gegen den Kanzler.

Enteignung auf der Anlagebank.

Die polnische Fraktion des Reichstages erhebt gegen die preussische Regierung die öffentliche Anklage, sich gegen die Grundbesitzer des bürgerlichen Eigentums vergangen zu haben. In Form einer Abstimmung über einen Interpellationsantrag wird der Reichstag seinen Spruch fällen, und es ist heute schon nicht daran zu zweifeln, daß er zu einer Verurteilung kommen wird. Vor einem Mißtrauensvotum ist Herr v. Bethmann-Hollweg kaum mehr zu retten, und wenn bei seiner allgemeinen Auffassung vom Wert des Parlamentarismus auch kaum daran zu denken ist, daß er daraus die parlamentarischen Konsequenzen ziehen wird, so wird auch er sich der Bedeutung der Tatsache nicht unterschätzen können, daß die deutsche Volkswirtschaft es ablehnt, für seine Außenpolitik die Verantwortung zu übernehmen.

Niemand wird sich wundern, in diesem Falle neben dem Zentrum auch die Sozialdemokratie auf Seiten der Polen zu finden. Es ist die Pflicht und das edle Vorrecht der internationalen Partei des Proletariats, sich immer und überall auf Seite der Unterdrückten und Bedrängten zu stellen. In Fragen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, wie in den großen grundsätzlichen Fragen überhaupt, kann es für die Sozialdemokratie keine taktischen Bedenken geben, Sie wird die Gesellschaft der Polen und des Zentrums, dieser angebliehen und höchst unwürdigen Vertreter des „polnischen“ und des „katholischen Volksteils“, ohne Not niemals aufsuchen. Aber hier fragt es sich nicht, in welche Gesellschaft man bei einer parlamentarischen Abstimmung zufällig gerät, sondern es fragt sich, ob für die polnisch sprechenden Angehörigen des Deutschen Reiches ein minderes bürgerliches Recht gelten soll als für die deutschen. Und in der Beantwortung dieser großen grundsätzlichen Frage kann es für die Sozialdemokratie kein Zögern und kein Bedenken geben.

Durch das Enteignungsgesetz von 1908 hat sich die preussische Regierung das Recht herausgenommen, Grundeigentümer polnischer Nationalität gewaltsam von ihrer Scholle zu vertreiben. Daß diese Vertreibung mit einer ungeschickten Abschaffung verbunden ist, und daß für die enteigneten Güter ein Preis bezahlt wird, der den wirklichen Wert des Grundstücks weit übersteigt, tut nichts zur Sache. Dieser Umstand, die Bereicherung des Volentums auf dem Wege der Enteignung, ist höchstens geeignet, die gänzliche Sinnwidrigkeit der preussischen Außenpolitik darzutun und eine weitere Anklage gegen die preussische Regierung wegen Verschleuderung von Staatsgeldern zu erheben. Dies ist jedoch nicht Sache des Reichstages. Der hat einfach zu prüfen, ob sich die preussische Enteignung mit den grundlegenden Bestimmungen des Reichsrechts, der Verfassung und des bürgerlichen Gesetzbuches verträgt oder nicht verträgt. Wäre nicht der Blick eines Teils der Volkvertreter durch nationale Leidenschaft getrübt und ließe sich nicht ein anderer Teil statt von rechtlichen Erwägungen von Opportunitätsrücksichten leiten, der Reichstag müßte in dieser Frage ein einstimmiges Urteil fällen. Aber auch so ist gewiß, daß die preussische Enteignungspolitik im Reichstage nur auf die Unterstützung einer Minderheit rechnen kann.

Für die Sozialdemokratie aber hat die Frage der Enteignung noch eine andere, prinzipielle Bedeutung. Denn sie ist den heftigsten Angriffen ihrer Gegner ausgesetzt, weil sie in ihrem Programm fordert — was die preussische Regierung tut. Die Sozialdemokratie fordert die Aufhebung des Privateigentums an den der kapitalistischen Ausbeutung dienenden Produktionsmitteln, insbesondere auch des Privateigentums an Grund und Boden. Dies ist ihr prinzipieller Standpunkt, und die Frage der Enteignung ist nur sekundärer Natur. Gewiß würde die Sozialdemokratie im Interesse der Gesamtheit dagegen sein, daß man den Enteigneten den Wert ihres Eigentums überzahlt; auf der anderen Seite ist nirgends ausgesprochen, daß die von der Sozialdemokratie geforderte Enteignung ohne jede Entschädigung erfolgen müsse. Zwischen dem Verhalten der preussischen Regierung und dem Programm der Sozialdemokratie besteht also grundsätzlich gar kein Unterschied, außer dem einen, allerdings entscheidenden, daß die Sozialdemokratie die Enteignung anwenden will zum wirtschaftlichen Wohl des Ganzen, während sich die preussische Enteignungsaktion als eine geübliche, gegen einen einzelnen Volksteil gerichtete Ausnahmemaßregel darstellt.

Es ist einer der besten Wege der Weltgeschichte, daß gerade die preussische Regierung, das preussische Reichsparlament und das preussische Herrenhaus berufen waren, an den Stamm des bürgerlichen Privateigentums die Art zu legen und sich dadurch als praktische Vorarbeiter der Sozialdemokratie zu betätigen. Die sozialdemokratischen Expropriatoren der Zukunft haben allerdings keinen Anlaß, sich und Stolz auf diese erlaubten Taten zu berufen, die das Gesetz der Enteignung immer noch ein wenig im

Sinne der alten Raubritterpolitik auffassen — die Sozialdemokratie ist aber heute schon in der Lage, alle wegen ihres Endziels gegen sie gerichteten Angriffe zu Boden schlagen zu können durch den Hinweis auf die Taten der preussischen Regierung und des preussischen Parlaments. Der Glaube an die Unverletzbarkeit des bürgerlichen Eigentums ist zerstört durch die Revolution von oben, die sich hier wieder einmal, wie schon so oft, als die beste Helferin der Revolution von unten erweisen wird.

Genosse Wendel, der früher schon über die Polenfrage viel bemerkte Studien veröffentlicht hat, sprach für unsere Fraktion. Seine Rede war ein Meisterstück sachlicher und theoretischer Ueberlegenheit, und ihrem Eindruck vermochten sich auch die entschlossensten Galatiken nicht zu entziehen. Die geschicklichen Ausführungen, die übrigens Herrn Kampf zu Recht — ungewandten Einwendungen reichten, die rechtlichen Darlegungen waren in der Schärfe der Debatte, in der prägnanten Charakteristik der echt preussischen Methode außerordentlich wirkungsvoll. Den konservativen Junkern wurde besonders eigentümlich zu Mute, als Herrmann Wendel ihnen den Präzedenzfall vorhielt, den sie mit diesem Versuch der Enteignung geschaffen haben — für die kommende größere Enteignung. Das Haus hörte diese Darlegungen, denen die geistreiche Eleganz des Vortrags einen besonderen Reiz verlieh, mit großer Aufmerksamkeit an. Die Abstimmung über die Mißtrauensresolution für den Kanzler findet Donnerstag statt und wird eine namenhafte sein. Herr Bethmann wird seine Verurteilung erhalten, trotzdem er sich der Beratung entzog.

Die Verhandlungen abgebrochen.

Die Kündigung.

Der Text der Note der Balkanverbündeten, durch die die Verhandlungen für abgebrochen erklärt werden, lautet:

Ich Ihre Excellenzen

die Herren bevollmächtigten Delegierten der hohen Pforte auf der Friedenskonferenz.

Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen die Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf die letzte Forderung erwartet haben, und da, wie es scheint, die Erklärungen in Konstantinopel die Hoffnung besitzigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen, zu erklären, daß die am 16. Dezember 1912 in London angeknüpften Verhandlungen am 28. Januar 1913 in London abgebrochen worden sind.

Die Urkunde trägt die Unterschriften aller Delegierten der Balkanstaaten, als erste die Danens. Der serbische Geschäftsträger Gruitch erschien um 3 Uhr nachmittags im Carlton-Hotel, wo er von dem Sekretär der türkischen Mission empfangen und nach dem Zimmern Nefis Pašas geführt wurde. Gruitch überreichte hierauf förmlich die Note der Verbündeten, verließ das Hotel sogleich wieder und begab sich nach dem auswärtigen Amt, um dem Staatssekretär Sir Edward Grey eine Abschrift der Note zu übermitteln.

Ein Korrespondenzbüro meldet aus Sofia: Laut Beschluß des Ministerrats ist das Armeehauptquartier angewiesen, den Waffenstillstand mit dem morgigen Tage zu kündigen.

Rumänien und Bulgarien.

Dem Verlangen Rumäniens entsprechend, sind Wjtschu und Danew übereingekommen, ein Protokoll abzuschließen, das die rumänischen Forderungen und die bulgarischen Konzessionen enthält und den Kabinetten in Bulgaree und Sofia vorgelegt wird. In dem Protokoll fordert Rumänien eine Grenzlinie, die von Lurkulat, einem Punkte an der Donau, ungeschärft anfangs Weilen westlich von Silistria bis Patschik am Schwarzen Meere sich erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Autonomie für die Schulen und Kirchen der Rumowalachen in dem Gebiet, das Bulgarien auffallen wird. Das Protokoll gibt endlich an, was Bulgarien zugestehen willens ist.

Im rumänischen Parlament sind die Sieger an der Arbeit, die ihre Nation in den Krieg verwickeln möchten. Bisher trat die Regierung ihnen entgegen.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Paris, 29. Januar. Der Korrespondent des „Matin“ hatte mit einer höheren Militärperson der verbündeten Balkanstaaten eine längere Unterhaltung. Dieser äußerte sich folgendermaßen: Nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wird sich die ganze Stärke der verbündeten Truppen auf Albanien konzentrieren. Im Beginn des Waffenstillstandes wurden die Truppen der Verbündeten mit der Absicht zurückgezogen, bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die türkischen Truppen zu zwingen, aus der Stellung herauszukommen. Man hoffte, daß sich die Truppen nur hinter den Mauer des Konstantinopels halten könnten, aber im offenen Feld gegen die Truppen der verbündeten Staaten nicht aufkommen werden.

Keine Zusammenstöße bei Tschataldscha.

Wien, 29. Januar. Der Vertreter der Südlawischen Korrespondenz in Konstantinopel erhielt vom Minister des Innern die folgende Mitteilung: Wollen Sie feststellen, daß die Gerüchte über blutige Kämpfe in der Tschataldschalinte und über einen Marsch türkischer Truppen gegen Konstantinopel, die in der letzten Zeit in der Presse verbreitet waren, unzutreffende Phantasien sind, die in durchsichtiger Absicht erfunden worden sind. Von alledem ist kein Wort wahr.

Bestrafung der Mörder Kasim Paschas.

Konstantinopel, 29. Januar. Eine Abordnung von Offizieren aus der Tschataldschalinte traf heute beim Großvezir ein und verlangte eine exemplarische Bestrafung der Mörder Kasim Paschas.

Politische Ueberblick.

Die Domänen.

In der Mittwochssitzung des Dreiklassenhauses wurde der Domänenetat beraten. Der preussische Staat hat einen Grundbesitz in dem gewaltigen Umfang von 450.000 Hektar, oft durchwegs gut benutzbares Land, das nicht in eigener Regie bewirtschaftet, sondern zu festen Geprägen an Domänenpächter vergeben wird. Die Pachtzäge sind, wie Genosse Leinert in mehreren sachkundigen Reden ausführte, im allgemeinen recht niedrig, was sich daraus ergibt, daß die Domänenpächter gewöhnlich durchaus bereit sind, auch sehr respectable Erhöhungen der Pachtsummen in Kauf zu nehmen. Der Staat könnte also hier wohl mehr herauswirtschaften. Die Domänen könnten aber auch sehr viel dazu beitragen, die Fleischversorgung Deutschlands im Inlande sicherzustellen. Minister Schorlemer nannte zwar gewaltige Zahlen über die Viehhaltung auf den Domänen, aber Genosse Leinert wies nach, daß der Viehstand auf den Staatsgrundbesitzungen nicht größer ist, als im Staatsdurchschnitt, wobei aber in diesem letzteren Falle die weiten landwirtschaftlich unbenutzbaren Flächen des Staates mitgerechnet sind. Natürlich seien alle Anregungen unferstrebens und auch die Kritik des Fortschrittlers hat an dem hohen Viehstand der Junker gegen die innere Antieidung auf festem Boden. Das Haus der Großgrundbesitzer hat dafür kein Interesse.

Donnerstag büffte über den Verkauf des Grunewalds an die Stadt Berlin beraten werden und nachher der Etat der Seehandlung.

Um das Mandat des Reichsverbändlers.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weist mit allem Nachdruck die Behauptung zurück, als ob innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion Unstimmigkeiten ausgebrochen seien über das Verhalten der nationalliberalen Vertreter in der Wahlprüfungskommission, die für die Ungültigkeit des Mandats des nationalliberalen Reichsverbändlers Dr. Becker gestimmt haben. Ganz besonders wird betont, daß es absolut unrichtig sei, daß Hg. Baffermann die beiden nationalliberalen Kommissionenmitglieder beeinflußt habe. Zunächst scheinen in der Frage der Gültigkeit des Mandats Becker zwei Richtungen bei den Nationalliberalen vorhanden zu sein: denn die „Nationalliberale Korrespondenz“ muß selbst zugeben, daß sich die nationalliberale Fraktion erst im Urteil überlassen wollte, wenn der Bericht der Wahlprüfungskommission vorliege. Tatsache ist jedenfalls, daß der rechte Flügel der Nationalliberalen alles vorzuziehen wird, was von der Wahlprüfungskommission für unrichtig erklärt: Mandat Beckers, diesem zu erhalten. Becker ist mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gegen den fortschrittlichen Parteivorstand gewählt worden. Der Wahlprotokoll, der von fortschrittlicher Seite eingelegt wurde, hatte das Ergebnis, daß nach erfolgter Beweisaufnahme die Mehrheit für Becker nicht mehr vorhanden war. Von fortschrittlicher Seite wurde aber noch ein weiterer Nachtragsprotokoll eingereicht, der sich auf Vorgänge bei der Wahl im Orte Sprendlingen, dem Wohnort Beckers, bezog. Wäre dieser Wahlakt im ganzen für unrichtig erklärt worden, dann hätte der fortschrittliche Protokoll erklärt, daß die Mehrheit für Becker gestiegen war damit die Gültigkeit seines Mandats hergestellt worden wäre. Die Wahlprüfungskommission hat sich nur auf den Standpunkt gestellt, daß ein Protokoll nicht nur gegen den Sieger, niemals aber gegen den Unterlegenen ausgesetzt werden kann. Von einer solchen Aussetzung der Wahl in Sprendlingen ist deshalb Abstand genommen worden. Nachdem ziffermäßig festgestellt war, daß Dr. Becker die Mehrheit nicht mehr habe, blieb selbstverständlich auch den beiden nationalliberalen Mitgliedern der Wahlprüfungskommission nichts anderes übrig, als für die Ungültigkeit des Mandats zu stimmen. Daß sie vom Hg. Baffermann beeinflusst worden sind, ist nicht wahrscheinlich, denn der Hg. Baffermann könnte vor dem Ergebnis der Verhandlungen vorher nicht unterrichtet sein. Fernerhin wird die Prüfung der Wahl im Plenum des Reichstages zu festigen Auseinandersetzungen führen.

Die Antwort der Nationalliberalen.

Das freundliche Bündnisangebot der Freikonservativen, das ihnen am letzten Sonnabend in Breslau gemacht wurde und von dem wir auch in unserer Halle Notiz genommen haben, findet eine unverändert kräftige Antwort im „Dannow-Courier“. Gar nicht „nationalliberal“ weiß dieses wackere deutsche Blatt das Verben der Zelle zurück:

Das heißt auf Deutsch: Wenn die Nationalliberalen gegen ihren Liberalismus abzuweichen, Nationalkonservative werden und wie die heutigen Freikonservativen in der Weidige der Parteien und Parteien vertreten wollen, so ist die Nieder und Kommando, die man nach dem von der Freikonservativen und Nationalliberalen die Mandats-Konvention aus dem Reichstag

Russische Stationen unter Ruhen. Nach einer Meldung aus Budapest wurden in dem Komitat Marmaros-Szeged fünf russische Stationen verhaftet, die in letzter Zeit öffentlich und in geheimen die russische Bevölkerung gegen den ungarischen Staat aufgewiegelt hatten.

In Szmarokto haben die Franzosen in letzter Zeit schwer zu kämpfen gehabt. Aus Mogator wird gemeldet, daß beim Sturm auf die Kasbah der Anführer ein Major gefallen ist. Auf Befehl des Generals Brulard wurde die Kasbah mit Dynamit in die Luft gesprengt. Die Anführer flüchteten nach hiesigen Widerstand und ließen in der Beste große Lebensmittelvorräte, Waffen und Munition und sogar Werkzeuge zur Herstellung solcher Munition zurück. Die Verluste der Franzosen betragen 7 Tote und 27 Verwundete, unter den letzteren 3 Offiziere. Bei der Einnahme ihrer Kasbah durch die Franzosen haben die Anführer etwa 500 Mann verloren.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen.

Die Arbeiten für die Einführung der elektrischen Zugförderung auf den Eisenbahnstrecken Lauban-Dittersbach-Königszell, Hirschberg-Grünau, Hirschberg-Schneeberg-Landeshut, Ruhland-Liebau und Niedersalzbrunn-Salzbrunn haben im vergangenen Jahre, in dem sie an den Strecken selbst begannen, nach der „Schl. Ztg.“ gute Fortschritte gemacht. Uebrigens seien sie bereits nahezu in die Endphase eingetreten. Am weitesten ist der Bau des Elektrifizierungswerkes Salzbrunn, das in Mittelsteine in der Grafschaft Liebau unter dem Vorze am Steinbruch, den man zur Wasserförderung durch das Werk selbst teilt, von zwei privaten Elektrizitätsgesellschaften errichtet wird. Das Kraftwerk ist im Rohbau vollendet und unter Dach; man hat bereits mit dem Innenausbau begonnen. Auch das Aufwärtswerk von Liebau nach dem Bahnhof Mittelsteine der Sulzbergerbahn ist schon vollendet. Die Kessel- und Maschinenanlage unterliegt zurzeit der Genehmigung.

Nächst dem Elektrifizierungswerk ist die Hochspannungsspeicherung ein wichtiges Glied der Elektrifizierungsarbeiten. Sie hat die Aufgabe, den elektrischen Strom vom Werk an die Eisenbahnstrecken heranzuführen. Die früher benötigte Führung der Leitung in der Richtung der Eisenbahn Mittelsteine-Dittersbach ist wegen der Schwierigkeiten, welche die Tunnel und die Bergwälder bieten, aufgegeben worden. Es soll eine gerade Linie von Mittelsteine nach Nieder-Salzbrunn gewählt werden mit Krümmung der Eisenbahn Charlottenbrunn-Mittelsteine. Von Nieder-Salzbrunn soll die Leitung nach der Gegend von Wittigsdorf führen und dann am Waldhübel entlang immer mit Umgehungen der Bahnhöfe bis Lauban gehen. Von den Nutzwerken soll das in Nieder-Salzbrunn zuerst errichtet werden, weil der Streckenabschnitt Königszell-Dittersbach, der von diesem Werte aus mit Strom zu versorgen ist, als Probebetrieb zuerst hergestellt werden soll. Die Strecke eignet sich wegen ihrer Steigungen und Krümmungen besonders als Probebetrieb, um Erfahrungen über den elektrischen Betrieb der Gebirgsbahnen zu sammeln. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeiten ist ferner die Herstellung der Fahrleitung über der Eisenbahnstrecke. Sie wird von eisernen Stützmassen getragen, von denen etwa ein Drittel in diesem Jahre bis zum Eintritt des Winters hauptsächlich an den Strecken Königszell-Nieder-Salzbrunn und Ruhland-Landeshut-Liebau aufgestellt worden ist. Auch einzelne Bahnhöfe, wie Hirschberg, Ruhland und Landeshut, sind schon mit den Trägern für die Fahrleitung versehen. Auf den weiter hinten liegenden Strecken werden für die Träger errichtet werden die neben der Fahrleitung auch die Speiseführung zu tragen haben. Auf der Strecke Königszell-Dittersbach hat man auch schon begonnen, die Querträger zwischen den Masten einzubringen.

Brieg, 20. Januar. Folgen der Kriegshege. Während unsere Ueberpartien und Helfershelfer Anstalten-Derlei nicht genug nach mehr Militär und für den Krieg schreiben können, machen sich die Folgen des Balkankrieges auch hier in Brieg recht bemerkbar. Die große größere Firmen, die andere Jahre um diese Zeit mit Hochdruck arbeiteten und Arbeitskräfte vertrieben, sind dieses Jahr sogar gezwungen, regional zu entlassen. Der Abzug im Auslande ist durch die Pallanunruhen so gut wie ganz unterbunden, daher der schlechte Geschäftsgang. — Aber auch sehr viel auswärtige Arbeiter, meist gesunde, kräftige, junge Männer, beherbergt Brieg. Kein Tag vergeht, wo nicht vier bis sechs Arbeiterlose an die Türe klopfen und um etwas Brot bitten. Das ist mehr als gütliche Weltordnung. Nach Dr. Dertel vielleicht nur gerechte Strafe.

Brieg, 30. Januar. Auf den Abonnentenfang geht gegenwärtig auch hier, wie in vielen anderen Städten der Provinz, die ehemals wirklich demokratische „Breslauer Morgen-Zeitung“, die sich jetzt von dem „unparteiischen“ „General-Anzeiger“ in nichts mehr unterscheidet.

Arbeiter, Gewerkschafter, Genossen! Die „Breslauer Morgen-Zeitung“, der „Breslauer General-Anzeiger“ und vor allem die konservative „Brieger Zeitung“ gehören nicht in Euer Heim. Die einzige Zeitung, die wirkliche Arbeiterinteressen vertritt, ist und bleibt die „Volkswacht“, die auch in Zukunft sich Mühe geben wird, wichtige Tagesereignisse von allgemeiner Interesse an dieser Stelle bekannt zu geben. Deshalb agitiert für Euer Blatt, die „Volkswacht“.

Groß-Neudorf bei Brieg, 19. Januar. Er will keine Arbeiter bei sich oiden. Der Gastwirt Wilhelm Winkler in Groß-Neudorf weigert sich, seine Lokalkassen der Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Da Herr Winkler ausdrücklich erklärte, auf die Arbeiter-Lohnschicht zu verzichten, haben die Arbeiter natürlich keine Ursache, sich Herrn Winkler aufzudrängen.

Biegenhals, 29. Januar. Ein „feiner“ Besuch. In der letzten Stadtverordnetenversammlung sind neben anderen Punkten auch die Erhebung von Schulgeld für den Besuch der Fortbildungsschule auf der Tagesordnung. Der Magistrat beantragte, daß jeder zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtete Schüler Eltern-Geld für den Unterricht in Höhe von jährlich 4 Mark selbst zu tragen habe. Das war ganz nach dem Geschmack unserer reaktionären Stadtväter. Stadtvater Dr. Jäger war natürlich auch der Meinung, daß für solche Zwecke nicht Mittel aus dem Steuerfiskus genommen werden dürfen. Die Bürger dürfen nicht noch mehr belastet werden. Angebracht sei es, jedem Fortbildungsschüler die Kosten selbst aufzuliegen. Ist der Lehrling mit dem Besuche ganz besonders zufrieden, dann ist es ja dieser den Betrag für den Lehrling bezahlen. Im übrigen sehe er aber auch garnicht ein, weshalb die Kommune Biegenhals die Kosten für die Ausbildung der hier in großer Zahl beschäftigten Lehrlinge aus der Tasche übernehmen soll. Diesem „Bildungsfeindlichen“ Stadtvater, der nichts dagegen hat, daß die Lehrlinge österreichischer Herkunft von den deutschen Innungsmeistern in Biegenhals nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet werden, trat Stadtvater Dr. Jäger in ihrer Mehrheit der Magistratsvorlage zu, wonach die Lehrlinge im Ansehn für den Besuch der Fortbildungsschule, erforderlichen Mittel selbst aufzubringen haben. Das steht so ganz nach Biegenhals aus. Den hiesigen Innungsmeistern sind die gefährlichen Folgen dieses Beschlusses inzwischen zum Bewußtsein gekommen. Sie

flüchten, daß ihnen dadurch die Lehrlinge entzogen und den Fabrikbetriebern ausgeliefert werden. Sie haben deshalb den Beschlus gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, die Erbschaft nicht den Lehrlingen, sondern dem Stadtfiskus aufzuerlegen.

Leis, 30. Jan. Ein Lebensmüder warf sich am Dienstag vormittag in selbstmörderischer Absicht vor den Dels-Verkehrler Zug zwischen den Stationen Hundsbühl und Schottwitz. Dem Lokomotivführer gelang es nicht, den Zug sofort zum Halten zu bringen, und so fuhr der Zug über den Mann, der anscheinend dem Arbeiterstande angehört, hinweg. Aber zu seinem Glück hatten ihn die Schneeräumer zwischen die Schienen geschoben, und so geschah ihm, wie ein Delfer Augenzeuge gesehen haben will, nicht das geringste Leid. Er sprang, als der Zug vorbei war, auf und lief davon.

Landeshut, 30. Januar. Ein Beitrag zur Rechtslosigkeit der Landarbeiter. Zu der kaum glaublich hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis wurde der Maurer Konrad Burkert aus Buchwalde vom hiesigen Schöffengericht wegen Verleumdung und Behrohung verurteilt. Der Angeklagte war auf dem Dominium Kraufendorj als Landarbeiter beschäftigt und eines Tages mit anderen Arbeitern beauftragt, Getreide auf den Schüttboden zu schaffen. Zuerst ging das dem Herrn Inspektor zu langsam, denn er wies die Diensttenden mit „kurzen, energischen Worten“ zu schnellerer Arbeit an. Der Angeklagte verwehrte sich gegen diese Behandlung, was ihm neue „Zurechtweisungen“ eintrug. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Angeklagte den Inspektor schwer beleidigt und bedroht haben soll. Auch der Aufforderung, die Arbeitshülfe zu verlassen, soll er nicht schnell genug Folge geleistet haben. Und dafür drei Monate Gefängnis!

Der die Antrieberei und Behandlung der rechtlosen Landarbeiter nur einigermaßen beurteilen kann, wie da weiß, wie verkehrt solche „kurze energische Worte“ der Deutentreiber auf dem Lande wirken können, der kann sich nun selbst ein Bild machen, welche schweren Verbrechen sich der Angeklagte zuschulden kommen ließ. Der Landarbeiter ist ein Rechtloser, der weit unter dem Vieh steht!

Jauer, 30. Januar. Präsentation einer Meritalken Rechnung. Für die Konservativen im Wahlkreis Jauer-Bollnahn-Landeshut kandidiert wieder der bisherige Abg. Herr v. Rittsching-Wienisch, der seine Absicht zurückzurufen, aufzugeben hat. Das zweite Mandat, das bislang der konservative Landwirt Scholz-Rohndorf inne hat, soll dem Zentrum für die geleaste Wahlhilfe bei der Reichstagswahl überlassen werden.

Over-Wittigsdorf, 30. Januar. Vom Schicksal der Arbeit. Dienstag früh wurde im Steinbruch von Blant der Steinbrucharbeiter Perzja aus Breitenburg durch hereinbrechende Steinmassen verflücht und tödlich verletzt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Posen, 30. Januar. Das Opfer einer Gasvergiftung wurde die unverheiratete Elisabeth Wiegert, Gutenbergsstraße 7 wohnhaft, welche Dienstag mittag in der Küche tot aufgefunden wurde. Wiederbelebungsvorliche waren ohne Erfolg. Die Verstorbene war bei der Wäsche beschäftigt, wobei an dem dort befindlichen Gasautomaten anscheinend verkehrlieh der Gasbehälter geöffnet worden ist. Das junge Mädchen befand sich allein in der Wohnung; sein Vater war im Dienst, während die Mutter im Krankenhaus liegt.

Der Fusel trägt die Schuld. Eine blutige Schlägerei spielte sich Samstag Nachmittag in der Nähe des Gerstner Marktes ab. Drei Arbeiter, die zusammen eine Destillation besichtig hatten, gerieten in der Unruhe in Streit, in dessen Verlauf der 18-jährige Joseph Dognack von seinen beiden Kampagnen lieber gestochen wurde. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte mittels Krankenwagen nach dem Stadtfrankenhaus gebracht werden. Die beiden Messerfechter — es handelt sich um die Arbeiter Wielig und Jimmy — wurden noch im Laufe des Tages von der Polizei ermittelt und festgenommen.

Bromberg, 30. Januar. Ein Unglück kommt selten allein. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich in einer Familie in Schöndorf. Während die Mutter krank daniederlag, verbrachte sich eines ihrer Kinder so schwer, daß ein Arzt herbeigerufen werden mußte. Ein achtjähriger Bruder sollte die Kräfte holen, wurde aber auf der Straße von einem Fleischhauer überfahren und schwer verletzt. Das Fuhrwerk verschwand nach dem Unfall eiligst, während sich der Knabe allem nach Hause schleppen mußte.

Chrowo, 29. Januar. Das alte Lied. Beim Anfliegen des Zierotiens auf eine im Gange befindliche Scheibe wurde der in der Maschinenfabrik von W. Arnold in Krempa beschäftigte Formmeister Max Nietel am Freitag vom Betriebe erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte wurde mit schweren äußeren und inneren Verletzungen in das Kreisfrankenhaus eingeliefert.

Aus Oberschlesien.

Beuthen C.-Z., 30. Januar. 1 Jahr 9 Monate Gefängnis für einen Messerfechter. Am 26. September v. J. hat der Grubenarbeiter Paul Weiß aus Radzionkau, nachdem er sich stark begehrt hatte, im Hause ungebührlichen Vörm verübt und geriet dabei mit einem Hausinsassen zusammen, den er in blinder Wut derart über mit einem Messer gestochen hat, daß der Mann mehrere Wochen lang im Knappschafstazarett in Tarnowitz liegen mußte. Das Urteil lautete: 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. — Auch hier hat wieder der Fusel die indirekte Verantwortung für der Tat gegeben. Ist es da nicht eine Kuriosität der Sozialdemokratie, wenn sie mit aller Macht gegen den Junterfusel den Kampf aufnimmt?

Beuthen O.-Z., 30. Januar. Auf dem Transport entführungen. Die hiesige Kriminalpolizei ist einer weiterverbreiteten Einbrecherbande auf die Spur gekommen, die nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Galizien eine Reihe großer

Einbruchdiebstähle ausgeführt hat. Ein Mitglied dieser Bande namens Niemczyk konnte in der Rudowitzerstraße verhaftet werden. In seiner Wohnung fand man ein ganzes Lager gestohlener Gegenstände. Auf dem Wege zur Wache ist der Verbrecher aber seinem Transporteur ausgehissen und es ist immer noch nicht gelungen, seinen wieder habhaft zu werden.

Katowitz, 30. Januar. Vom russischen Nachbar. Nach 40monatlicher Haft in russischen Gefängnissen ist der Polkebeamte G. aus Katowitz nunmehr zurückgekehrt, ein völlig gebrochener Mann. Er wurde im März 1900 auf der Fahrt nach seinem neuen Wohnort als der Spionage verdächtig in Rußland verhaftet und nach 22monatlicher Unterdrückungshaft zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt.

Radze, 30. Januar. Chronik der Gruben-Unfälle. Auf Verbrüchlichkeit wurden beim Weilerabbau die Häner Max Kumm aus Kunzendorf und Josef Reiner aus Radze-Mord schwer verletzt. Kumm dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Auf der Wadwischgrube verunglückten der Müller Johann Boganski aus Radze-Mord und auf dem Döfel der Köhler Insegrube der Maschinenarbeiter Richard Contrab aus Porembo.

Rathor, 10. Januar. Tödlicher Unglücksfall. In den Planawerken geriet der Arbeiter Wlobarz in den Kollergang und wurde zermalm, wobei der Tod auf der Stelle eintrat. Wlobarz war Familienvater.

Der Flieger Wincziers vor den Geschworenen.

Leipzig, 29. Januar.

Einer der bekanntesten Flieger unserer Tage, der Ingenieur Eugen Wincziers, hat sich am heutigen Mittwoch unter der Anklage des Meineides und des betrügerlichen Bankrotts vor dem Leipziger Schwurgericht zu verantworten. Neben ihm muß unter der Anklage der Betheilung zum betrügerlichen Bankrott die Witwe Josefina Penzel aus Oberschlesien auf der Anklagebank Platz nehmen.

Der zur Anklage stehende Wincziers soll von Wincziers zum Schützen der Deutschen Flugplatzgesellschaft in Johanneithal in einem Offenbarungseid gelehrt worden sein. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Kuhn, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Dertel, die Verteidigung für Wincziers führt Rechtsanwalt Dr. Kallier-Leipzig. Der Zuschauerraum ist überfüllt. Unter den geladenen Zeugen befindet sich der bekannte Flieger Otto Wüchler, andere Flieger, ferner Offiziere, Direktoren, Fabrikanten, Kaufleute aus Johanneithal, Berlin, Karlsruhe, Breslau, Stuttgart usw. Wincziers ist ein großer schlanker Mann von bl. seinem Aussehen im Alter von 33 Jahren. Er hat eine theoretische und praktische Ausbildung als Zimmermeister erlangt. Lange Erörterungen in der Verhandlung drehen sich um die Frage, ob er berechtigt sei, den Ingenieurtitel zu führen, den Wincziers mit großer Bestimmtheit für sich in Anspruch nimmt. Er erzählt dann, wie er in die Automobilbranche hineinkam und sich dem Rennsport zuwandte. Dann wurde er Pilot und war als solcher im In- und Ausland viel auf Reisen. Er will, sobald er von dem gegen ihn wegen Meineids und betrügerischen Bankrotts erlassenen Steckbrief Kenntnis bekommen hatte, sich sofort der Leipziger Staatsanwaltschaft gestellt haben.

Wincziers stellt jede Schuld entschieden in Abrede. Er hat sich mit der Tochter des verunglückten Leipziger Kommerzienrates Meyer in London trauen lassen, aber zu einer Zeit, als Erna Meyer noch nicht geschäftig war. Der Vater klagt daher jetzt auf Ungültigkeit der Ehe mit der Begründung, daß seine minderjährige Tochter gegen seinen Willen Wincziers geheiratet habe. Der Vorliegende sucht festzustellen, ob Wincziers von seiner Frau größere finanzielle Forderungen erhalten hat, was Wincziers aber bestritt; nur einmal habe er zum Geburtstag ein goldenes Armband zum Geschenk erhalten und dann kleinere Unterstühtungen während der Unterstühtungshaft. Wincziers will, soweit er seinen Lebensunterhalt nicht durch seine Einnahmen als Flieger decken konnte, von der Mitangeklagten Penzel, bei der er in Berlin lange Zeit wohnte und mit der er in intimer Verkehr stand, dauernd Unterstühtungen bekommen haben. Deshalb sei er der Penzel auch fast verpfichtet gewesen und seine Gesamtschuld schließlich auf 20000 Mark abgerundet worden. Diese Schuld habe er von sich abwägen wollen und daher alles, über das er verfügen konnte, der Penzel übergeben. Die Forderungen der Penzel hätten tatsächlich bestanden; von einer Scheibung, die die Anklage annimmt, könne keine Rede sein und insolge dessen könne er auch durch Veräußerung von Vermögensobjekten bei der Leistung des Offenbarungseides kein Meineid von ihm geleistet worden sein. Die Mitangeklagte Penzel bestritt diese Angaben Wincziers, der bei ihr jahrelang gewohnt und dem sie wiederholt Geld geliehen habe. Sie habe aber auch nicht nur dieses geliehene Geld nicht wiederbekommen, sondern Wincziers habe ihr auch nicht das Kost- und Logisgeld bezahlt.

Der Vorliegende hält Wincziers wiederholt vor, daß er seinen Grund gehabt habe, sich soviel im Ausland aufzuhalten, wenn er in Deutschland ein reines Gewissen gehabt hätte. Wincziers erwiderte darauf mit einem langen Vortrag über seine Differenzen mit der Flugzeuggesellschaft „Albatros“, deren Apparate ihm nicht zulagten, an die er aber durch Vertrag gebunden war. Nun seien ihm aber in der Großzeit wegen seiner günstigen Leistungen von ausländischen Gesellschaften wiederholt Anerbietungen gemacht worden, die er schließlich akzeptierte. Der aus diesen Differenzen entstandene Briefwechsel der „Albatros“-Gesellschaft mit Wincziers gelangt zur Verlesung. Wincziers bestritt, daß die Gesellschaft durch ihn irgendwelchen Schaden erlitten hätte. Er habe dann mit einem Albatros-Apparat große Erfolge erzielt und die große Flugwoche 1911 brachte ihm einen Gewinn von 25000 Mk. Nachher nahm er die Stellung als erster Pilot bei den Deutschen Flugzeugwerken in Leipzig ein, die ihm aber, nach seiner Ansicht auf Verreiben seines Schwiegervaters, gekündigt wurde. Seitdem sei er schuldlos gewesen und habe von den Unterstühtungen der Frau Penzel gelebt.

Damit war die Vernehmung der Angeklagte Wincziers beendet und es wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten, die am Donnerstag fortgesetzt wird.

Verantwortliche Redaktionen: Carl Droschke, — Redaktion und Druckerei: Carl Droschke, — Berlin, der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von Th. Grotzsch, G. m. b. H. — (Einschickung in Dresden, — Druck von Grotzsch.)

Wir empfehlen:

Germinal

Sozialer Roman von Emile Zola.

Packende Schilderungen aus dem Bergarbeiterleben.

Preis nur 1.— Mk.

Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolportage.

Breslauer  **Fischhallen**

Schmiedebeiride 59. **Stil: Neue Gewandstraße 10.**

Telephon 4472. **Markische Ritterstraße 10.**

Telephon 4472. **Telephon 4472.**

Wir empfehlen aus heutiger Angelegenheit:

Gabliau u. Seelachs in Schnitt 20 30 35.

Gr. fetten Schellfisch in Schnitt 20 50 55.

Heute abend Flugblatt-Verbreitung

von 6 Uhr an. Die Genossen treffen sich in den gestern bekannt gegebenen Distriktslokalen.

Dreslauer Nachrichten.

Dreslau, den 30. Januar.

Zur „Volkswacht“-Agitation.

Im Distrikt 6 (Kisloaitor) wird die Flugblattverbreitung und „Volkswacht“-Agitation nicht vom Lokale Leuthenstraße Nr. 12/14, sondern von dem Lokal

Schulzenwiese 14

aus vorgenommen. Wir bitten die Parteimitglieder, das zu beachten.

Die städtische Studienkommission für die Arbeitslosenunterstützung

hat Mittwoch nachmittags ihre zweite Sitzung abgehalten. Die erste Sitzung am 28. Juni 1912. Die Studienkommission hat also nicht weniger als sieben Monate gebauert. In mehreren Verhandlungen wurden fast vollständig ausgefüllt durch einen Bericht des Stadtrats Dr. Perls über den Stand der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Redner äußerte sich in eingehender Rede über die Frage der Zwangsversicherung und der freiwilligen Versicherung, die Kostensituation, das Steuer-System, die bereits vorhandenen Arbeitslosen-Unterstützungen in den Städten Köln, Straßburg, Stuttgart, Freiburg und Schöneberg und so weiter. Zum Schluss beehrte Herr Dr. Perls auch die Frage der Arbeitslosen-Zählungen.

Die kurze Aussprache diente dazu, festzusetzen, wie die Kommission weiter arbeiten soll. Man einigte sich dahin, an der Hand des Perlschen Berichts, der gedruckt werden soll, über die ganze Frage der kommunalen Arbeitslosen-Unterstützung zu verhandeln. Dabei ist auch eine baldige Arbeitslosen-Zählung in Breslau als dringend nötig und wertvoll bezeichnet worden. Die Verhandlungen am Dienstag wurden von Stadtrat Marx geleitet. Hoffentlich löst die nächste Sitzung nicht so lange auf sich warten, denn sonst vergehen viele Jahre, ehe die Kommission ihre Arbeit beendet.

50 Pfg. Jahresbeitrag.

Nehmt Euch ein Beispiel an den Roten!

Ein Zufall weht folgendes Zirkular des Breslauer Deutsch-konservativen Vereins auf unseren Redaktionstisch:

Deutsch-konservativer Verein für die Stadt Breslau.

Breslau, den 15. Januar 1913.

Sehr geehrter Herr!

Im kommenden Frühjahr werden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus stattfinden — ein Anlaß für unsere Partei, ihre Arbeit zu verdoppeln. Fleißigste Arbeit ist jetzt dringend geboten, da nicht nur bei den vorjährigen Reichstagswahlen die Sozialdemokraten die beiden Breslauer Mandate wieder erobert haben, sondern auch bei den letzten Reichstagswahlen für das Abgeordnetenhaus der Kandidat der rechtsstehenden Parteien von den vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten geschlagen worden ist.

Neben rühriger Tätigkeit des einzelnen werden aber auch Geldmittel gebraucht werden, und zwar schon jetzt vor der Wahl, um die Organisation der Partei auszubauen, insbesondere um einen Parteisekretär anzustellen.

Bisher haben wir die Opferwilligkeit unserer Mitglieder, im Gegensatz zu anderen Parteien, wenig in Anspruch genommen. Sehr viele Vereinsmitglieder zahlen nur den Mindestbeitrag von 50 Pfg. jährlich oder wenig mehr — im Durchschnitt nicht über 1 oder 2 Mk. Wie gering ist diese Summe gegenüber den Leistungen, die von der Sozialdemokratie verlangt werden! Ihr zahlt ein Arbeiter im Jahre mindestens 20 Mk., oft aber 60 (P.), ja 100 Mk. (P.) für Parteibeiträge. Deshalb verfügt auch die Parteikasse der Sozialdemokratie über reiches Geldmittel. Diese Geldmittel und die oft durch Drohung und Gewalt erzwungene Mitarbeit der Genossen geben der Sozialdemokratie einen großen Vor-

zugung. Diese Tatsache legt unseren Parteifreunden die Pflicht nahe, größere Opfer zu bringen. Die Leberzeugung, größere Opfer bringen zu müssen, ist auch bereits in verschiedenen Wahlkreisen der Provinz durchgedrungen. Man zahlt dort 3 bis 5%, der Einkommensteuer für die konservative Sache.

Deshalb bittet der Vorstand unseres Breslauer deutsch-konservativen Vereins seine Mitglieder dringend, den bisherigen Jahresbeitrag entsprechend ihren Vermögensverhältnissen zu erhöhen.

Eine Postkarte zur gefälligen Bemerkung liegt bei. Um baldige gütige Antwort bitte ich ergebenst.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst

S. A.
Brühner
Chefemer Regierungsrat.

Daß dieses Schreiben auf die Opferwilligkeit der Patrioten ein gutes Licht wirft, können wir gerade nicht behaupten. 50 Pfennige Beitrag im Jahre, das macht 1 Pfennig pro Woche! Da gemeinhin gerade nicht die ärmsten Leute ihrer eigenen Partei gegenüber dieselbe Schähigkeit an den Tag, die auch bei der Steuereinsparung vielen Agrariern gegenüber beklagt wird. Und wenn auch die Angaben über die Leistungen der Sozialdemokraten für die Partei mit 60 bis 100 Mark haarsträubend übertrieben sind — der Vereinsbeitrag macht in Breslau 4,80 Mark, wovon vielleicht noch ebensoviel Wahlgelber oder dergleichen kommen — so ist es doch richtig, daß unsere armen Mitglieder für ihre Sache zehnmal opferwilliger sind als die wohlhabenden Kreise der angeblich so ideal veranlagten „Patrioten“.

Das Zirkular muß aber unsere Genossen zur Wachsamkeit anspornen. Selbst die Konservativen, die doch gerade genug beamtete Wahlmacher haben, legen sich einen Parteisekretär zu. Sie ahnen auch hier nach, was die Sozialdemokraten ihnen vorgemacht haben. Wir müssen also unsere Wahlarbeiten bald und mit allem Eifer in Angriff nehmen. Denn obwohl wir gern auf die märchenhaften „Drohungen und Gewalt“ verzichten soll es dabei bleiben, daß die opferwillige, kampfbereite proletarische Klasse vor diesen Drückebergern ihren Vorsprung behält.

Die Barbare.

Ueber die Lohnverhältnisse der Bardamen in Breslau haben wir schon öfter berichtet. In fast allen Cafés und „feinern“ Restaurants ist eine Bar eingerichtet, wo die weibliche Bedienung die Hauptrolle spielt. Die Damen sind meistens auf Lantime angewiesen, nur in einigen Bars erhalten sie einen festen Monatslohn. Je mehr Wein und Völder sie verkaufen — und das hängt von ihrer Liebenswürdigkeit ab — um desto höheres Einkommen haben sie. Ein merkwürdiger Streitfall lag im Gewerbegericht in der Sitzung am 28. Januar zur Entscheidung vor.

Ein Fräulein war 9 Tage in einer Bar beschäftigt, erhielt aber nicht einen Pfennig Lohn oder eine Vergütung. Es lagte gegen den Wirt auf Zahlung von 12 Mark. Die Klägerin gab an, sie habe bei der Anstellung gleich erklärt, Pension genüge ihr nicht, sie müsse auch Lohn bekommen. Der Beklagte beantragte die Abweisung der Klage. Bardamen, bemerkte er, werden überall nur auf Lantime angestellt; die Klägerin habe in den 9 Tagen 37 Mark umgelegt, also im ganzen nur 3,70 Mark zu verlangen, da ihr 10 Prozent vom Umsatz zugestanden waren. Die 3,70 Mark seien aber auf verschiedene Sachen aufzurechnen. „Sie hat also nichts zu erhalten?“ fragte der Vorsitzende. „Nein“, war die Antwort. „Die Damen bekommen ja genug Trinkgelder; auch müssen sie sich das Abendbrot rechnen. Die Klägerin behauptete, daß die Trinkgelder spärlich fließen. Sie war im November beschäftigt, da gab es sehr wenig zu tun. In manchem Abend erließen wir ein Gast. Das Abendbrot habe nur in einer Schmitte und einem Glase Tee bestanden. Damit sollte sie sechs Stunden aushalten. Im ganzen habe sie 2,50 Mark Trinkgelder gehabt. Der Beklagte wurde verurteilt, an die Klägerin 12 Mark zu zahlen. Sie hätte sogar noch mehr erhalten, wenn sie einen größeren Betrag

forderte. Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt, daß niemandem zugemutet werden kann, umso zu arbeiten. Da ein Lohn nicht vereinbart war, trete an stelle der Vereinbarung der ordentliche Lohn für erwachsene weibliche Personen, der höher als zwölf Mark sei. Da die Klägerin nur diesen Betrag gefordert habe, könne ihr unmöglich mehr zugesprochen werden.

Teufel Alkohol.

Der Musikleiter S. vom Regiment 51 in Breslau hatte am Weihnachts-Feiertage reichlich Alkohol getrunken. Beim Wachen der Mannschaften am ersten Feiertag trübte ihn sein Korporalchaftsführer und Stubenältester, Geseiter Fraßler, angezogen auf dem Bett schlafend, um ihn aufzuwecken, schüttelte er ihn. Der Musikleiter versuchte aufzustehen, sank aber in die Knie auf einen Tisch nieder. Nach weiteren Versuchen, den Mann zu ermuntern, schlug S. den Vorgesetzten mit einer Salbzwische auf den Kopf. Er sang, lachte, weinte, lachte, lachte, knirschte mit den Zähnen, redete alles durcheinander, lobte, gab Zücheln in die Höhe und schlug sie auf, und zerstückte Fensterscheiben, dabei schmit er sich die Pulsader der rechten Hand durch. Ins Lazarett gebracht, schlug S. so um sich, daß sieben Mann erst imstande waren, ihn mit großer Anstrengung auf den Operationsstisch zu legen. S. stand vor dem Kreuze gerichtet angelagert des tätlichen Angriffs und der Sachbeschädigung. Dem Sergeant und der Feldwebel meinte, S. sei sinnlos betrunken und unzurechnungsfähig gewesen; er wußte nicht, was er tat. Der Oberstabsarzt beauftragte, eine solche schwere Verurteilung sei ihm noch nicht vorgekommen. Die 2 1/2 Stunden dauernde schmerzliche Operation sei an S. ohne Narkose erfolgt, er habe Stiche und Schnitte gar nicht gespürt, und am zweiten Feiertag wußte er noch nichts von sich. Er sei nicht verantwortlich. Als dienstunfähiger Junge wird er entlassen und ist geschädigt fürs ganze Leben. Kriegsgerichtsrat Dr. Köster nahm nicht sinnlose Trunkenheit an, und beantragte ein Jahr und ein Tag Gefängnis. Das Kriegsgericht sprach den Mann wegen sinnloser Trunkenheit frei. Es sei überzeugt, so verkündete Kriegsgerichtsrat Wrodeck, daß er sich an einem Vorgesetzten vergrißen, habe S. nicht gerührt.

* **Rechtsschutzstelle für Frauen**, Poststraße 6a, II. Ersreulichere weise nimmt die Zahl der Frauen, die sich in der Armen- und Waisenpflege betätigen, immer mehr zu. Da nun viele von ihnen diesen Tugenden bisher völlig fern standen, kommt es häufig vor, daß ihnen bei etwas schwierigeren Fällen die zu unternehmenden Schritte unbekannt sind. Die Rechtsschutzstelle steht nun denen, die in Waisenhäusern, als Waisenpflegerinnen oder in irgend einer anderen ähnlichen Angelegenheit Auskünfte wünschen, jederzeit gern zur Verfügung. Im übrigen dient die Rechtsschutzstelle zur Beratung unbedeutender Frauen. Diesen erteilt die Rechtsschutzstelle in allen Rechts- und Wohlthatangelegenheiten unentgeltlich Rat und Auskunft, sie fertigt Besuche und Klageschriften an, gibt Rat bei Geschreitigkeiten, Alimentation, in Testamentssachen, Invaliden-, Alters-, Krankenversicherungen usw. Zur Erledigung der juristisch schwierigen Fälle stehen den Damen des Rechtsschutzstellen Rechtsanwältin zur Seite. Um dem häufig beobachteten Elend der Mütter unehelicher Kinder vorzubeugen, sei bemerkt, daß diese Klagen schon vor der Niederkunft angefragt werden können. Auch hierüber näheren Beschäftigt erteilt die Rechtsschutzstelle, Sprechstunden täglich, außer Sonnabend, von 4 1/2—7 Uhr, nachmittags, Poststraße 6a, I.

* **Ein Verzeichnis der Miets- und Pachtverträge** müssen alle Hausbesitzer spätestens am 31. Januar dem Zollamt oder einem Stempelverteiler vorlegen; dabei ist der nötige Stempelbetrag zu zahlen. Stempelpflichtig sind nicht nur schriftliche, sondern auch mündliche Mietsverträge, falls die jährliche Summe mehr als 300 Mark (oder bei land- und forstwirtschaftlicher Nutzung 300 Mark) beträgt. Verträge des Mietsverhältnisses Mäuerne, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, so erwidrigt sich der Stempel auf die Hälfte.

Inwiefern der Vermieter den vorausgelegten Stempelbetrag vom Mieter einzuliegen kann, das bestimmt in erster Reihe die entsprechende Vereinbarung im Mietsvertrage. Fehlt es an einer solchen, so hat nach § 12 Absatz 2 des Stempelsteuergesetzes in Verbindung mit § 426 des B. G. B. jeder die Hälfte des Stempels zu tragen.

* **Die Bräuterei** unter den Werten der Firma Franz Zellmann, Frankfurterstraße 108/112, ist erloschen und die Sperrre deshalb aufgehoben worden.

Die Hölle der Kinder.

Unter diesem Titel geht dem „Vorwärts“ folgender Bericht über eine so abscheuliche Form der Kinderausbeutung zu, wie sie wohl nur noch aus den Schwefelminen Siziliens bekannt ist.

Zu den fürchterlichsten der Greuel, die bei der Hervorbringung des kapitalistischen Profits verübt werden und in ihrer Mitleidigkeit die abgestumpften Gewissen nicht aufwecken, gehört die Zerstörung der Jugend in der gewerblichen Schaberei. Die Bourgeoisrepublik Frankreich nimmt es darin mit den veralteten politischen Gebilden auf. Alle humanitären Phrasen, die in den Paraphrasen der „weltlichen, demokratischen und sozialen Republik“ stehen, und alle sozialpolitischen Gesezesartikel kommen gegen den brutalen Ausbeutergeist des Unternehmertums und die Raubgierigkeit der Behörden, die sich nur allzulebt im Namen des „Liberalismus“ von der Betätigung der „Staatsbräuterei“ abbrechen lassen, nicht auf. Das Hauptgebiet des industriellen Kindermordes stellt die Glasindustrie dar. Es gibt da besonders pflanzliche Arbeitsvermittlungen, die mit gewöhnlicher „Charität“ arme Knaben an die Fabrikanen verhandeln. Da aber trotz der Gewissenlosigkeit oder der verzweifelten Situation, die manche französische Proletarierfamilien dazu bringt, ihre Kinder im zarten Alter diesem mörderischen Beruf zu überlassen, der Bedarf der Arbeiter noch nicht gedeckt ist, hat sich ein Handel mit spanischen Kindern entwickelt, dessen Betrieb den schrecklichsten Formen des Mädchenhandels an die Seite zu stellen ist. Die Agenten, „Bardones“ genannt, kaufen ins Elend geratenen spanischen Familien ihre Kinder ab, bringen sie, um der Grenzpolizei zu entgehen, auf Schmuggelpapieren zu schreiben, und verkaufen ihre Arbeitskraft an französische Unternehmer. Diese wissen natürlich sehr gut Bescheid, wenn ihnen etwa ein neunjähriger Knabe mit dem Papieren eines 14-jährigen vorgelegt wird, doch was schert sie der Betrag, wenn sie nur gegenüber dem Gewerbeinspektor gebedt sind? Die „Bardones“ aber geben den Gehilfen Herberge und Nahrung und nehmen ihnen dafür soviel von ihrem Lohn ab, daß den

armen Jungen nicht ein Sou übrig bleibt und sie nicht einmal imstande sind, fortzulernen.

Die Schreden dieses verbrecherischen Treibens werden jetzt durch ein gerichtliches Verfahren erhellt, das gegen einige der schuftigsten „Bardones“ durchgeführt wird. Des Verdienstes der Enttüllung kommt dem Pariser Kinderbeschützkomitee zu, einer Vereinigung, der auch bekannte Sozialisten angehören. Infolge der Anzeige dieses Komitees nahm die Staatsanwaltschaft am 8. November d. Js. eine Durchsuchung der Glasfabriken bei Brüder Legras in der Place-Saint-Denis und in Aubertville, zwei Pariser Vororten, vor. Sie traf dort 30 spanische Knaben im Durchschnittsalter von 12 Jahren an. Diese Kinder trugen die Spuren von Brandwunden, die anscheinend von Betriebsunfällen herrührten, und Schwaren, die fast alle von den Ohren herum lagen und offenbar daher stammten, daß die Unglücklichen in barbarischer Weise an den Ohren gezogen worden waren. Die Wunden waren nicht verbunden und so im Staub der Werkstätte der Vergiftung ausgesetzt. Im Verhör, das die Behörde mit den Knaben vornahm, erklärten diese übereinstimmend, von den Arbeitern der Werkstätte niemals mißhandelt worden zu sein.

Die weitere Untersuchung ergab folgendes: die meisten Knaben stammten aus der Provinz Burgos. Sie waren von ihren Eltern den Bardones um einen Betrag von 75 bis 300 Frank, in der Regel für 20 Monate, „vermietet“ worden. Die „Bardones“ verpflichteten sich dafür, den Kindern die Reise- und Unterhaltskosten zu bestreiten. Dafür stöß der ganze oder doch fast der ganze Arbeitslohn der Knaben — er betrug 1,25 Frank bis 2 Frank — in ihre Tasche.

Wie sah aber der „Unterhalt“ der Kinder aus? Ihre Lagerstätten befanden sich in Baracken, die mit geleertem Papier gebedt waren; das Nachtlager bestand in Strohsäcken, die von Ungeziefer wimmelten. Der „Bardone“ Lajo hatte 18 Kinder in zwei Zimmern untergebracht und für alle nur drei Betten zur Verfügung gestellt. Lajo wie sein Kollege Gonzalez, von dem noch die Rede sein wird, sind entlassen und nur die weniger belasteten „Bardones“ haben die Verhandlung abgewartet. Aber auch sie haben Kinder in schändlichen Schlafstätten untergebracht und ihnen eine Barbare gehalten, die nur aus Kartoffeln und

Milch bestand. Ein Polizeinspektor hat einige von ihnen gesehen, wie sie Marktschüssel aufstapfen — für ihre Suppe. Ihre Kleidung waren schmutzige Fetzen, an den Füßen trugen sie zerstrungene Sandalen.

Die gerichtliche Untersuchung dieses verbrecherischen Treibens war dadurch erschwert, daß die Kinder terrorisiert und zu falschen Aussagen abgerichtet waren. Vor allem war es schwer, ihr wahres Alter herauszubringen. Alle Knaben gaben, allem Tugendglauben zum Trotz, ein Minimalalter von 13 Jahren an. Der Untersuchungsrichter stellte auch fest, daß die verletzten Knaben ihre Wunden während der Arbeit herbeigehalten, um nicht beurlaubt und auf Gehaltlohn gesetzt zu werden — so sehr fürchteten sie den Zorn der „Bardones“.

Jeder Leser wird nun fragen, was den kapitalistischen Unternehmern geschehen sei, die die Knaben eingekauft haben. Nun, es ist ihnen nichts, gar nichts geschehen. Wohl ist gegen die Brüder Legras eine Untersuchung geführt worden. Sie haben u. a. einen neunjährigen Knaben als Lehrling aufgenommen, den ihnen der genannte Gonzalez zugeführt hatte — der Unglückliche war ein Sohn seiner Frau. Aber die beiden „Bardone“ haben nachgemessen, daß ihnen ein Arbeitsbuch vorgelegt worden ist, das in Ordnung war. Dieses Arbeitsbuch war auf der Karte von Saint-Denis gemäß den Angaben des Bardone für einen Dreizehnjährigen ausgefertigt worden. Und die Justiz glaubte den Fabrikanten, daß sie den Neunjährigen wirklich für einen Dreizehnjährigen genommen haben.

Vor Gericht stehen fünf „Bardones“. Auch die spanische Regierung hat sich die humanitäre Gese geleistet, sich als Nebenkläger zu präsentieren. Daß sie — was wohl das Wichtigste wäre — dem ganzen Kinderhandel in ihrem Land energisch zu Weibe ginge, hat man bisher noch nicht vernommen. Mit ihr stehen die spanische „Gesellschaft“ in diesem Fall entfallen hat und mit einer vorübergehenden Entrüstung ist wenig getan.

Das Urteil über die „Bardones“ von Saint-Denis wird in einer Woche gefällt werden.

Die Maß- und Gewichtsordnung

von 1908 bestimmt im § 6: Zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr, sofern dadurch der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll, dürfen nur geeichte Maße und Gewichte benutzt werden.

Im Asyl

Der Abend brütet seine dunklen Schwingen über die Stadt. Durch die erleuchteten Schaufenster quillt das Licht hinaus in die regenhangende Straßenluft.

Aus aller Welt

Ein Märtyrer der Wissenschaft. Der englische Arzt George Turner hatte Subarkita so gut wie ausschließlich zum Heile seiner wissenschaftlichen Forschungen gewöhnt.

Die australische Entschleppung. In Saargemünd in Lothringen wurde am 1. Juni geschlossen eine Sandstein-Gruppe modelliert, die zwei natürliche Knaben vorstellte.

Die Besetzung für die Erziehung Brünings. Dem Bundespräsidenten Brünings sind vier bekannt, gleich nach seiner Verhütung in Wiesbaden 1906 abgenommen worden.

Ein weiteres Verbrechen. In der Nacht vom 2. Juni 1910 wurde in Witten in der Nähe von Witten ein Mann namens Schmidt erschossen.

Die Selbstmörderin hat in der letzten Zeit drei Verurteilungen zu empfangen 100000 Mk. geerbt. Er machte die Bekanntschaft dieser Damen bald als Regierungssekretär, bald

er: „Haben alle verstanden“ und ein vielstimmiges „Ja“ wird ihm als Antwort. Und wieder erklingt im Saal eine Stimme: „Dass Du bei Kriegserklärung gehst, Paul? Drei Nächte durch die hier, dann ruht ein Beamter die Eingelassen zu sich ins Zimmer, damit sie unterschreiben, daß sie hier geschäftig haben.“

Auch eine Auskunft

Die furchtbaren Folgen der Kinderarbeit auf dem Lande sind bekannt. In den Parlamenten wie in der Presse und in Versammlungen sind sie oft gesehelt worden. Neryle und Erzieher haben auf diesem Gebiete Feststellungen getroffen, wonach die verurteilten körperlichen, geistigen und sittlichen Schäden die Kinderarbeit auf den Besitzern der Junker als die größte Kulturschmach erscheinen lassen.

In der Landwirtschaft hat die Kinderarbeit nicht die schlimmen Folgen wie in der Industrie. Sie findet vorzugsweise im Sommer statt und nur zu bestimmten Zeiten, namentlich während der Ernte und bei gutem Wetter.

Das heißt, wie gesagt, nicht etwa in Kruppen-Verlehn „Deutscher Tageszeitung“ und auch in keinem anderen Agrarblatt, sondern in einem wissenschaftlichen Nachschlage- werk, das unparteiisch sein will.

Graf von der Rede-Vollm. r. H. der Gründer und erste Vorsitzende des Deutsch-konservativen Vereins in Breslau, ist Mittwoch in seiner Kleinbürger-Villa gestorben.

Der Astronom Professor Dr. Julius Franz, der in Breslau am Dienstag gestorben ist, hat u. a. ein sehr gemeinverständliches Werk über den Mond geschrieben und eine Expedition zur Erforschung der Venus geleitet.

Die Fakultät verliert in ihm einen Forscher, der in langjähriger harte Arbeit auf seinem Spezialgebiete, der Mondforschung, seiner Wissenschaft wertvolle Dienste geleistet hat; einen Lehrer, der in nie ermüdender Ausopferung

und trotz ungünstiger äußerer Verhältnisse mit Erfolg die stude- rende Jugend zur wissenschaftlichen Bearbeitung des geistigen Dummheit heranzuziehen wußte; einen Menschen von hoher Menschlichkeit des Charakters, dem alles Eigenen und alles Niedrige fremd war. Das Bild seiner liebenswürdigen Persönlichkeit wird uns unvergänglich und lebendig bleiben.

Strenge Kälte hat sich über Nacht wieder eingestellt. Schon in den Abendstunden des Mittwoch sank das Quecksilber auf 8 Grad unter Null und heute früh hatten wir bei klarem Himmel gar 15 Grad Kälte, gegen Mittag trotz Sonnenschein noch 10 Grad. Auf allen Bauten ruht die Arbeit; nur wo im Innern geheizt werden kann, wird sie fortgesetzt.

Die Zinte wird teurer. Mit der Erhöhung der Zintenzpreise beschäftigt sich kürzlich der Zweigverein Breslau des Zentralverbandes der Papier- und Schreibwarenhändler Deutschlands. In der Versammlung, die im Hotel „König von Ungarn“ tagte, wurde mitgeteilt, daß die Erhöhung im Durchschnitt 50 Prozent betragen solle, eine Erhöhung, die nach Ansicht des Berichterstatters dahin führen müsse, die Rundschicht in die Warenhäuser oder gar in unerschaffene Geschäfte zu treiben.

Der Handel mit Gummiartikeln und anderen Gemischten Präparaten zu Medizinanzwecken unterliegt nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung der polizeilichen Anmeldung, damit die Polizei den Verkauf dieser Artikel überwachen kann.

Gestohlene Därme. Wegen fortgesetzten Diebstahls mußten sich die Fleischermeister Bed und Wilzig aus Breslau vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten.

Die Schachtelarbeiter S. hatte gegen den Schachtelmeister A. eine Lohnforderung von 64 Mark. Nach langen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht kam eine außergerichtliche Einigung zustande.

Die Schachtelarbeiter S. hatte gegen den Schachtelmeister A. eine Lohnforderung von 64 Mark. Nach langen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht kam eine außergerichtliche Einigung zustande.

als Assistenzarzt eines hervorragenden Klinikers und verstand es, unter verschiedenen Vorwänden den Damen größere Summen herauszulockern. In einem Falle handelt es sich um 25.000 Mk., in einem anderen Falle um 80.000 Mk., in einem dritten Falle hat er die betrogene Braut um ihr ganzes Vermögen gebracht.

Falschschwerer Raub. Auf einem Wege in Lierensfeld bei Düsseldorf trieben einige junge Leute Unfug, indem sie sich gegenseitig mit brennenden Papierstücken bewarfen.

Ein Zentralfestgebrochen. Der frühere Inhaber des katholischen Seelenshauses in Eilen-Rütten- scheid, Sakristan Hermann Groß, hat in Verbindung mit einem Oberfaktor der Seelenshausverwaltung von Cuppen eine Unmenge Güter aus dem Seelenshauslager der vorgenannten Firma an sich gebracht.

Ein Mord, der zu Werke seines Mörders nicht. In Florenz ist ein Mord, Vater Alessio Pelloni vom Heiligen-Geisthospiz verhaftet worden, nachdem man ihn überführt hatte, zwei Mordtaten aus dem 14. Jahrhundert, die sich in seinem Kloster ereigneten, heimlich verurteilt zu haben.

Ein zehnjähriger Bauberscherf Selbstmord verübt. In der Kömische bei Berlin vergiftet hat sich der zehnjährige Müllerer-Kind Paul Streng aus Neu-Zittau. Er war zehn Jahre hindurch auf der Waise erzogen und hatte dabei ganz Deutschland durchgezogen. Er besaß sich nun wieder auf dem Heimwege und wollte die Bauberscherf an den Nagel hängen.

Die Leiche des Lebensmüden wurde einige Stunden länger aufgefunden und nach dem Friedhof in Oberschöneweide übergeführt.

Sieben Brandstifter verhaftet. Einem großen Feuer- versicherungsbetrieb zum Schaden der Posener Provinzialfeuer- sozietät ist man in Wroslchen im Kreis Wirsch auf die Spur gekommen. Die 2500 Einwohner zählende Stadt Wroslchen wurde innerhalb von 6 Wochen über zwanzigmal von Bränden heimgesucht, sodas schließlich der Verdacht der Brandstiftung auftauchte.

Der hineingefallene Dieb. Ein Mißgeschick passierte einem Landmann in Frankfurt a. M. bei der Ausübung seines Berufs. Durch die Straßen schlendierend erblickte er vor einem Hause einen Koffwagen, dessen Kutscher sich in einer benachbarten Kneipe erholte.

Die „Arbeit“ eines Millionärs. In bürgerlichen Zeitungen lesen wir folgendes niedliche Geschichtchen: „Auf den jungen Vincent Astor, dessen Vater bei dem Untergang der „Titanic“ ums Leben kam, ist ein schweres Los gefallen. Täglich muß er sechs Stunden lang an- gesetzt zu arbeiten und diese Arbeit besteht darin, daß er fortgesetzt Scherz- und andere Papiere unterschreibt.“

Ja, so, der junge Mann muß „schwer arbeiten“, um 21 Mark in der Minute zu verdienen. Manches Familienpater verdient kaum 21 Mark in der Woche für seine ganze Familie in elf bis zwölfstündiger Arbeitszeit in hiesiger, dummer Luft. Wir müssen gestehen, die „sechs Stunden an- gestrenge Arbeit“ des jungen Astor im Scherzunterschriften ist eine angenehme Beschäftigung.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung, Mittwoch, den 29. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Dr. Vico.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen über die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet: Die preussische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission in Angriff genommen. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dieser mit dem Geist der Reichsverfassung und mit der Reichsregierung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werde, erwidert

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Vico

im Namen des Reichskanzlers: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preussischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, das dem Staate das Recht verleiht, für die Ansiedlungskommission Grundstücke zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation der Polen im Januar 1908 vor Erlass dieses Gesetzes. Damals erklärte mein Amtsvorgänger: Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, die dem gesetzgeberischen Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundflächen zum Gegenstand hat, entgegensteht. Auch das bürgerliche Gesetz enthält keine Bestimmungen. Die Maßnahme, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehört somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Dieselben Erwägungen, die damals zur Ablehnung der Verantwortung jener Interpellation führten, gelten auch heute. Das preussische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsregierung in keiner Weise im Widerspruch. (Hört, hört! b. d. Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine inneren Angelegenheit Preußens. (Hört, hört!) Die Interpellation betrifft mithin die Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstags liegen. (Hör-Rufe b. d. Polen u. Soz.) Ich habe hiernach zu erklären, daß der Reichskanzler die Verantwortung der Interpellation ablehnt. (Bravo! rechts, Unruhe b. d. Polen, im Zentr. u. b. Soz.)

Auf Antrag des Abg. v. Garlinort (Polen) wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen beschlossen.

Staatssekretär Dr. Vico verläßt den Saal.

Abg. Sebba (Polen): Vorläufig haben bereits begründete ich eine ähnliche Interpellation, als der Entwurf über die Enteignung polnischer Besitzes im Herrenhause noch nicht verabschiedet war. Dieser Entwurf widersprach dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums, zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichskanzlers, die Behandlung der Frage hier zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehrheit als eine Flucht vor der Verantwortung schwerwiegender Regierungsmaßnahmen bezeichnet und als Mißachtung der Rechte des Reichstags. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstags sich ihr Recht nicht nehmen lassen. Damals handelte es sich um einen Entwurf, heute um eine vollendete Tatsache. Es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andere ihr genehm zu sehen. Diese Tatsache ist eine Schmach des 20. Jahrhunderts. (Lebhafte Zustimmung b. d. Polen.) Im Herrenhause erhielt Fürst Bismarck damals nur mit Mühe eine Mehrheit, eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er nur durch die Zustimmung, das Gesetz solle als Drohung wirken und nicht angewendet werden. Noch im vorigen Frühjahr erklärte der Landwirtschaftsminister ähnliches. Jetzt sollen vier Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abrundung bestehender deutscher Niederlassungen und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit die Besitzer gewechselt haben. Frau Viktorowa, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbauseinandersetzung mit ihren Kindern erworben, ihr Ehemann besaß es acht Jahre. Kolban, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehlich erworben, um darauf zu wirtschaften. Er ist der Nachkomme eines Offiziers, der 1870 schwer verwundet und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört, hört! b. d. Polen.) Beide Güter grenzen dicht an deutsche Ansiedlungen. Trotzdem erwiderte das preussische Ministerium auf die Beschwerde, für den Begriff der Abrundung sei nicht erforderlich, daß das zu erwerbende Gut unmittelbar an die abzurückenden deutschen Niederlassungen grenze, es genüge vielmehr eine Nachbarlage, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermögliche. So treibt das preussische Ministerium in seiner Interpellation mit der Logik und Juristerei in geradezu apokalyptischer Weise Pöbel. (Lebhaft. Zustimmung b. d. Polen u. Soz.) (Frä. Kaempf rief diese: Ausdr.) Jedes Vertrauen zu Gerecht und Recht und zu den Behörden muß bei solcher Interpretation verloren gehen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ein zweiter Punkt ist die volle Entschädigung. Als ob irgend eine Entschädigung möglich ist für die zwangsweise Vertreibung von Haus und Hof. (Sehr wahr! bei den Polen.) Kolban aber hat für sein Gut 950 000 Mark gezahlt, die Tage stellen für die Enteignung nur einen Wert von 880 000 Mark fest, und der Präsident der Ansiedlungskommission will davon noch 100 000 Mark heruntersetzen. (Zuruf bei den Polen: Das ist Konfiskation!) Als ich diese Tatsachen in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl! Raub auf offener Straße! So urteilt das Volk nicht mit Unrecht. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Wir erachten das Gesetz vom 20. März 1908 für rechtswidrig. Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Die Anwendung dieses rechtswidrigen Gesetzes muß auf die ganze polnische Bevölkerung revolutionierend wirken, und das Ziel, die Dezimierung der Polen, wird doch nicht erreicht werden! (Sehr wahr! bei den Polen.) Wir werden den Antrag stellen: Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedlungskommission durch den Reichskanzler entspricht nicht den Ansprüchen des Reichstages. Zu dieser mildernden Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Stimmt der Reichstag unserem Antrag zu, so verurteilt er damit, wie sie es verdient, die Enteignungspolitik der Regierung auf das schärfste. (Lebhaft. Zustimmung b. d. Polen.)

Abg. Wendel (Soz.):

Sie sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt daß der Reichskanzler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich hier zu erscheinen, läßt er uns lediglich ein Stück Papier, ein Staatssekretär (Vetterleit) und läßt sich berufen auf alle Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese

Daltung des Kanzlers ist gewiss nicht aetiamel, den deutschen Parlamentarismus in ein helleres Licht zu rücken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Vertreter der Regierung beruft sich auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandys, unterzeichnet von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine Verletzung der Reichsverfassung darstellt. Selbst wenn die Regierung der Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preussische Landesangelegenheiten sind, und nicht hineingreifen in die Interessensphäre des Reichstages, so wäre es angesichts der neuen Interpellation doch ihre Pflicht gewesen, das wenigstens einigermaßen ausführlich zu begründen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein gutes Gewissen hat es nicht nötig, sich hinter dem Wandbühnen der Formalitäten zu verstecken. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzuharmonisieren, hätte sie das auch sicher nicht getan. Aber wir befinden uns hier nicht im preussischen Landtag, wo die durch das Dreiklassenwahlrecht durchfiltrierten Abgeordneten in ihrer Wechheit mit der Polenpolitik der Regierung durch dick und dünn gehen, sondern wir sind hier im deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Massen draußen im Lande unverfälschter und kräftiger zum Ausdruck kommt, als hinter den schalldämpfenden Türen der preussischen Landtage. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deshalb ist es sehr erklärlich, daß die Regierung den besseren Teil der Tapferkeit, die Vorkicht, gewählt hat. Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne böshafte Schadenfreude darüber, daß die Weltgeschichte hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen

u. r. die „Umsürzler von Beruf“

die Verfassung klagen gegen die „Staatsretter von Beruf“. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir, die Internationalen, müssen uns des nationalen Rechts eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Vanneträger des nationalen Gedankens, und wir, die vielermaßen Feinde des Privateigentums, müssen das Privateigentum verteidigen gegen seine allerfanatischsten Anhänger. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen willen. Ganz und gar im Gegenteil! Meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen beschwerten sich sehr lebhaft über die nationalpolitische Presse, die mit einer gewissen unschönen Gefässlichkeit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung annimmt. Die Nationalpolen wollen aus naheliegenden Gründen das Monopol dieser Vertretung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Junkern genau so wenig, wie an ihren Klassengenossen, den preussischen Junkern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus tiefem

Geißel für Recht und Gerechtigkeit

heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertreter unaussprechbar im Blute sitzt, wie die roten und weißen Wulstfurchen. Es wäre allerdings mecklos, den Schwärmern für die Palastpolitik, die natürlich zugleich ihre Hauptstütze sind, mit Rechtsgelinden zu kommen, das wäre ein Versuch an durchaus unantastbarem Objekt. Das ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist ja für die Palastisten an sich ein Gegenstand milderer Bedeutung, und wenn etwas an diesen unantastbaren Dingen erstreulich ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Palastisten zu ihrer ethischen Dummheit, will ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer höchsten Vorkämpfer, Justizrat Wagner, hat auf einem Dittmarstage erklärt: „Wir wollen den polnischen Besitz verringern, was dabei aus den Polen wird, acht uns nichts an.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte weiter: Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich ironisch gesagt, daß den Polen Recht oder Unrecht gelte, sei wohl Nebensache. Das ist auch Nebensache. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein Mitglied des Reichstags, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundriss proklamiert:

„Nacht geht vor Recht“

— er nicht mir besitzend zu — ein sehr lapidarer Grundriss, der aber eigentlich besser paßt zum preussischen Kaiserhof, auf dem ja Herr v. Liebert Bescheid weiß, als zum kleinen Kattschismus, in dem er wenigstens Bescheid wissen sollte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Grundriss mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen, dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangenenmenschen, der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. So wenig ich an die Ethik der Palastisten appelliere, so wenig will ich appellieren an ihr Kattschismusgefühl. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der polnische Dichter Sienkiewicz die Meinungen hervorragender Leute aller Länder darüber in einem Buche gesammelt. Es befinden sich Namen von Weltren darunter, das Werk ist in seiner Art ein Kulturspiegel, aber wenn man hineinblickt, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einzig in der Brandmarkung dieser Gesetzgebung, und was peinlicher wirkt als die Enttäuschung, ist das Erkennen bei Vielen, das Bestreben darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, stolz auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts, derartiges überhaupt möglich ist. Es finden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Wesens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungswillkür. (Schreibt z. B.

Der Pfarrer Nagas

er ist der Rechten allerdings verdächtig, denn er ist der Pfarrer jenes Baseler Münsters, das am 24. November 1912 von der gewaltigen Friedensdemonstration des Nationalismus widerstand. Dieser Pfarrer schreibt: „Es versteht sich meines Erachtens ganz von selbst, daß jeder, der das Organikum predigt, oder sich dazu bekennt, solche Dinge verurteilt, denn sie schlagen seinem Geiste ins Gesicht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da in Deutschland ein evangelisch-orthodoxes Blatt, der „Reichsbote“, es fertig gebracht hat, zu schreiben: Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung protestiert werden, (Hört, hört! b. d. Soz.), so zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Diener des Christentums finden werden, die es für die erhabenste Mühe der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden. Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner des Enteignungsverfahrens, weil es sich um die brutale Anwendung eines brutalen Unrechts handelt, mit dem nach Cavour's bekanntem Wort, jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — geistig minder begabte, (Heiterkeit), regieren kann. Vor allem werden wir uns dagegen, weil es sich hier handelt um eine eskalante Verletzung der Reichsverfassung.

Auf einem Palasttag in Bromberg hat bekanntlich Herr v. Tiedemann gesagt: Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn der eine oder andere in überzogener Gewissenhaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist auch das Bestreben einer schönen Seele, auf ein tiefen Verfassungsbruch kommt es den Polenkreislern nicht weiter

an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein bloßes Resolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im klaren sein, ein Eklid Unrecht, allerdings ein Eklid Unrecht von oben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Justizgesetzes den Bundesrat in Parallele gerückt mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Volenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preussischen Ministeriums mit dem französischen Konvent ins Schwarze. (Lache des Präsidenten, lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kämpf: Wenn Sie vorhin dem Reichskanzler Nichtvergessenheit vorgeworfen haben, so überschreitet das die Grenzen des Parlamentarismus.

Abg. Wendel (fortfahrend): Es ist mir allerdings wohl bemut, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen dem Väter Kobespierre und dem Väter Bethmann-Hollweg. (Gr. Heiterkeit bei den Soz.) Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Gefinnung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Enteignung in Preußen verstößt gegen jedes christliche und juristische, gegen jedes politische und allgemeine menschliche Empfinden. Sie laßt aber in dem Rilde Preußens, in dem Rilde des Staates, der die Arbeiterklasse unterdrückt, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit ausdrückt, nicht fehlen. Preußen hat schon mehr enteignet als ein paar Rittergüter. Die Welfen werden wissen, daß das Volk den Spruch am Helm der preussischen Garde „Suum cuique“ (jedem das Seine) überlechte mit „Nedem das Seine rauben“. (Heiterkeit.) Auch die Volenenteignung ist den Preußen nichts Neues. Friedrich II. war der erste preussische König, der miltchuldig war an dem

politischen Verbrechen der Teilung Polens.

Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung. Dieser Ausdruck ist nicht von mir formuliert, sondern von einem Manne, der gerade in dem Jubiläumsjahr 1913 als einer der größten Männer Deutschlands gefeiert wird, vom Freiherrn von Stein. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Kämpf: Ich habe hier zu verhindern, daß unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Abg. Wendel: Friedrich II. hat auch die Volenenteignung bereits in Angriff genommen und sich dabei der Spitzel bedient: er ließ polnische Gutsbesitzer in den neu eroberten Landteilen aufwiegen, damit sie den Publizanzzeit verweigern und er so einen Vorwand bekäme, ihnen die Güter wegzunehmen. So wenig das zu rechtfertigen ist, so zeigt sich doch darin ein gewisses Anstandsgefühl; er kaufte doch vorräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. Heute aber wird drauflos enteignet, ohne nach Schuld und Verdienst zu fragen. In der vormärzlichen Zeit hielt man ein Edikt, das auf die systematische Verdrängung der Polen hinwirkte, sollte, geheim, man schämte sich damals noch. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man ein reicheres Gemissen bekommen und proklamiert, wie zu den Zeiten des Marins und Sulla. Dem Vater der preussischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erließen es als ein Kinderpiel, mit den Polen fertig zu werden. Aber der Verlust ist auf der Seite des Deutschtums gewesen, und der Gewinn wird — dessen können Sie sicher sein — bei Rom sein. (Große Heiterkeit und Zurufe: Sehr wahr!) In den 25 Jahren vor der Ansiedlungspolitik hat sich der polnische Besitz um 195 000 Hektar vermindert, in den 21 Jahren der Ansiedlungspolitik hat er sich um 100 000 Hektar vermehrt. (Hört, hört!) Und so wird es mit dem Enteignungsgesetz weiter gehen. Man wollte die Kreistreiber durch dieses Gesetz verhindern und hat sie erst recht gefördert. Deshalb begreift man, warum die Konservativen diese Politik auf Verberd und Gebeiß trotz aller Bedenken mitmachen, denn „wenn das Geld im Kasten klinget,

der Junfer selbst durch das Segesfeuer springt“.

(Heiterkeit.) Auch die Beamten haben Vorteile von dieser Politik durch die Dittmarzulage, ferner die Großindustriellen des Bestens, deren billige Arbeitskräfte zufließen. Geschädigt werden die deutschen Kaufleute durch den Boykott der Polen. 4 polnische Besitzer werden enteignet und 400 deutsche Kaufleute und Händler werden dadurch ruinert. Welch grandioser Gewinn für das Deutschtum! Zumal gleichzeitig 10 000 polnische Arbeiter nach den westlichen industriellen Bezirken verschleppt werden. Dort entstehen große polnische Gemeinwesen. In den Regierungsbezirken Arnberg und Münster gab es 1905 in den Volksschulen 4000 Kinder, die nur polnisch sprechen konnten, 1911 gab es deren schon 20 000. (Hört, hört!) Mit einem Fremdwort nennt man das „Germanisierung“. (Große Heiterkeit.) Darüber sollte man sich entsetzen, daß hier in rein deutschen Gebieten die Sprache Goethes von der Sprache Korfantys verdrängt wird. Aber die polnischen Arbeiter sind an reichlich, und in ihrer verdammten Besitzlosigkeit der J. Junzierherren als Lohnrücker und gottgewollte Streitreiber angenehme Gäste. (Sehr gut! bei den Soz.) Eine andere Spielart der Palastisten sind die konservativen Großgrundbesitzer. Auf der Tribüne hier lagen sie, wir haben zwiefel Polen im Lande, aber dabei auf ihrer Klische meinen sie, sie haben zu wenig Polen, und ziehen Jahr für Jahr Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien hinein. Den

Import von billigen Schweinefleisch

verhindern sie mit allen Mitteln, billiges Menschenfleisch können sie garnicht genug importieren. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht weiß, daß bei den Palastisten das Portemonnaie einen sehr großen Teil des Organismus ausmacht. (Große Heiterkeit.)

Die Palastisten wollen auch das polnische Bürgerium in den Städte ruinieren, indem sie Städte mit deutschen Dörfern umgeben. Selbst wenn das Erfolg haben könnte, würde man doch nur eine Reihe polnischer Existenzen proletarisieren, man kann ihnen den polnischen Stammladen nennen, aber nicht ihr polnisches Herz. (Sehr richtig!) Wegen die kaninchenhafte Vermehrung der Polen, aber die Fürst Bismarck geklagt hat, kommt die Regierung nicht auf, wenn sie nicht alle männlichen Polen in den Zustand versetzen will, der für die männlichen Pöschargen des Sultans als Vorbedingung gilt. (Stürmische Heiterkeit.)

Warum hat die Regierung gerade jetzt das Enteignungsgesetz angewendet, während sie dort in den Tagen internationaler Spannung alle Volksteile verdrängen müßte. 1866 und 1870 schickte der General von Steinmetz die Regimenter aus Posen unter den Klängen des „Mach ist Polen nicht verloren“ ins Feuer. Die palastistische Muffel der Enteignung wird weniger anfeuernd wirken. (Sehr richtig!) Aus den großen Unwägungen im Orient könnte die preussische Regierung lernen, daß auch Urteile des Weltgerichts, das ja die Geschichte bildet, einer Revision unterliegen. Der Papstfehler der Türken war eine falsche Nationalitätenpolitik, der Versuch der gemäßigten Osmanisierung. Die Palastisten jammern, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Slawentums gestärkt und die Polen ermutigt habe. Bismarck hat diese ganze Welt unterworfen, um die Gefahr des Panislamismus zu bannen, als Rußland durch den Zusammenstoß mit Frankreich übermächtig zu werden drohte. Der Erfolg dieser Politik ist Stärkung des Panislamismus.

Fürst Bismarck verheiß, die Enteignung solle nur zur Verdrängung des Deutschtums benutzt werden. Was ist denn nun

